



Unterrichtung 19/268

der Landesregierung

Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 2. Dezember 2020

Die Landesregierung unterrichtet den Schleswig-Holsteinischen Landtag gemäß Artikel 28 Abs. 1 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in Verbindung mit dem Parlamentsinformationsgesetz.

Federführend ist der Chef der Staatskanzlei.

Zuständige Ausschüsse: Innen- und Rechtsausschuss, Bildungsausschuss, Finanzausschuss, Umwelt- und Agrarausschuss, Wirtschaftsausschuss, Sozialausschuss, Europaausschuss

Der Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Klaus Schlie, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

 Dezember 2020

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

gemäß Artikel 28 Abs. 1 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in Verbindung mit dem Parlamentsinformationsgesetz übersende ich Ihnen beigefügt das Ergebnisprotokoll der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 02. Dezember 2020.

Mit freundlichen Grüßen



Dirk Schrödter

<p style="text-align: center;">Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 2. Dezember 2020</p>
--

Endgültiges Ergebnisprotokoll

Tagesordnung

- TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin**
- TOP 1.1 Europa**
- TOP 1.1.1 Europäischer Rat**
- TOP 1.1.2 Zukünftige Beziehungen zum Vereinigten Königreich**
- TOP 1.1.3 Stand der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)**
- TOP 1.1.4 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020**
- TOP 1.1.5 Zukunftskonferenz**
- TOP 1.2 Umsetzung der Energiewende**
- TOP 1.2.1 Monitoring des Netzausbaus an Land und auf See**
- TOP 1.2.2 Stand der Umsetzung des Bund-Länder-Beschlusses zur Energiewende v. 17.06.2020**
- TOP 1.3 Steigerung des Anteils der FuE-Ausgaben am nationalen Bruttoinlandsprodukt als Teilziel der Strategie Europa 2020 – Sachstandsbericht zum 3 %-Ziel für FuE**
- TOP 1.4 Digitalisierung**
- TOP 1.4.1 Beschleunigung der Genehmigung von Mobilfunkmasten**
- TOP 1.4.2 Datenstrategie der Bundesregierung**
- TOP 1.4.3 Breitbandanbindung von Schulen**
- TOP 1.5 Maßnahmenprogramm von Bund und Ländern für Bürokratieabbau und Verwaltungsmodernisierung**
- TOP 1.6 Vorstellung des Maßnahmenkatalogs des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus**
- TOP 1.7 Maßnahmen gegen Radonbelastung**
- TOP 1.8 Ganztagsbetreuung im Grundschulalter**

- TOP 1.9 Verschiedenes**
 - a) Termine 2. Halbjahr 2021**
 - b) Sonstiges**

- TOP 1.10 Bewältigung der Corona-Pandemie**
- TOP 1.10.1 Lagebericht**
- TOP 1.10.2 Umsetzungsstände Konjunkturpaket und Förderprogramme**
- TOP 1.10.3 Demonstrationsgeschehen**
- TOP 2 Neu-/Wiederberufung von Mitgliedern in den Wissenschaftsrat**
- TOP 3 Umgang mit der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland**
- TOP 4 Verschiedenes**
 - a) Termine 2. Halbjahr 2021**
 - b) Sonstiges**

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 2. Dezember 2020**

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin

TOP 1.1 Europa

TOP 1.1.1 Europäischer Rat

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 2. Dezember 2020**

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin

TOP 1.1 Europa

TOP 1.1.2 Zukünftige Beziehungen zum Vereinigten Königreich

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 2. Dezember 2020**

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin

TOP 1.1 Europa

TOP 1.1.3 Stand der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 2. Dezember 2020**

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin

TOP 1.1 Europa

TOP 1.1.4 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 2. Dezember 2020**

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin

TOP 1.1 Europa

TOP 1.1.5 Zukunftskonferenz

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 2. Dezember 2020**

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin

TOP 1.2 Umsetzung der Energiewende

TOP 1.2.1 Monitoring des Netzausbaus an Land und auf See

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 2. Dezember 2020**

Endgültiges Ergebnisprotokoll

- TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin**
- TOP 1.2 Umsetzung der Energiewende**
- TOP 1.2.2 Stand der Umsetzung des Bund-Länder-Beschlusses zur
Energiewende v. 17.06.2020**

Das Thema wurde erörtert.

<p style="text-align: center;">Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 2. Dezember 2020</p>
--

Endgültiges Ergebnisprotokoll

- TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin**
- TOP 1.3 Steigerung des Anteils der FuE-Ausgaben am nationalen
Bruttoinlandsprodukt als Teilziel der Strategie Europa 2020 –
Sachstandsbericht zum 3 %-Ziel für FuE**

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder empfehlen der Bundeskanzlerin folgenden gemeinsamen Beschluss:

1. Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder nehmen den Bericht „Steigerung des Anteils der FuE-Ausgaben am nationalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Teilziel der Strategie Europa 2020 – Sachstandsbericht zum 3 %-Ziel für FuE“ zur Kenntnis.
2. Sie beauftragen die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK), ihnen zu ihrer Herbstsitzung im Jahr 2021 erneut einen Sachstandsbericht zum Stand des 3 %-Ziels für FuE als Teilziel der Strategie Europa 2020 in Deutschland vorzulegen.
3. Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bekräftigen, dass sie sich weiterhin gemeinsam mit der Wirtschaft für das Einhalten des in der Strategie Europa 2020 enthaltene 3 %-Ziels für FuE sowie für eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung einsetzen werden.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 2. Dezember 2020**

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin

TOP 1.4 Digitalisierung

TOP 1.4.1 Beschleunigung der Genehmigung von Mobilfunkmasten

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 2. Dezember 2020**

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin

TOP 1.4 Digitalisierung

TOP 1.4.2 Datenstrategie der Bundesregierung

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 2. Dezember 2020**

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin

TOP 1.4 Digitalisierung

TOP 1.4.3 Breitbandanbindung von Schulen

Das Thema wurde erörtert.

<p style="text-align: center;">Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 2. Dezember 2020</p>
--

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin

**TOP 1.5 Maßnahmenprogramm von Bund und Ländern für Bürokratieabbau
und Verwaltungsmodernisierung**

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder empfehlen der Bundeskanzlerin folgenden gemeinsamen Beschluss:

1. Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bekennen sich zu einer wirksamen, zukunftsorientierten und innovationsfreundlichen Regulierung sowie zu einer leistungsstarken und serviceorientierten Verwaltung. Dafür bauen Bund und Länder unter Einbeziehung der Kommunen ihre Zusammenarbeit in Rechtsetzung und -vollzug systematisch weiter aus und verabschieden zum ersten Mal ein gemeinsames Arbeitsprogramm (Anlage).
2. Sie verständigen sich darauf, in ausgewählten Bereichen rechtliche Hindernisse für flexibles, bürgerorientiertes Handeln der Verwaltung zu identifizieren, mögliche Abhilfen zu prüfen und die Praxisorientierung in der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen zu stärken. Sie setzen sich für mehr Verständlichkeit ein und fördern eine auf praktischen Erfahrungen, Daten und Werte gestützte Gestaltung von Politik und Recht.
3. Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder unterstreichen, wie wichtig es ist, dass sich Verantwortliche in Politik und Verwaltung frühzeitig mit ausreichenden Fristen abstimmen, praktische Erfahrungen der Behörden austauschen und bewährte Verfahren voneinander

übernehmen. Das kann z. B. im Rahmen der Fachministerkonferenzen geschehen oder durch die Beteiligung von Betroffenen mit eigenen praktischen Erfahrungen in Normgebungsverfahren.

4. Bund und Länder betonen ihr gemeinsames Interesse an Rechtsetzung, die die Verwaltungspraxis auf allen Ebenen und die Lebensrealität berücksichtigt. Um diesen Aspekt zu stärken, streben Bund und Länder an, Erfahrungen zu den Methoden für die quantitative Rechtsfolgenabschätzung auszutauschen und diese, wo möglich und zweckmäßig, anzugleichen.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 2. Dezember 2020**

Endgültiges Ergebnisprotokoll

- TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin**
- TOP 1.6 Vorstellung des Maßnahmenkatalogs des Kabinettausschusses
zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus**

Das Thema wurde erörtert.

<p style="text-align: center;">Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 2. Dezember 2020</p>
--

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin

TOP 1.7 Maßnahmen gegen Radonbelastung

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Nach dem Strahlenschutzgesetz sind die Länder verpflichtet, bis zum 31. Dezember 2020 Gebiete auszuweisen, in denen aufgrund der geologischen Situation erhöhte Radonkonzentrationen vorkommen (Radonvorsorgegebiete). In diesen Gebieten müssen Verantwortliche für Arbeitsplätze innerhalb von 18 Monaten Radonmessungen an Arbeitsplätzen im Keller und Erdgeschoss durchführen. Überschreiten die gemessenen Radonkonzentrationen den Referenzwert, sind durch die Verantwortlichen Maßnahmen zur Reduzierung der Radonkonzentration zu ergreifen. Außerdem müssen bei der Errichtung eines Gebäudes mit Aufenthaltsräumen oder Arbeitsplätzen in einem Radonvorsorgegebiet Maßnahmen getroffen werden, um den Zutritt von Radon zu verhindern oder erheblich zu erschweren. Unabhängig von diesen gesetzlichen Verpflichtungen sind Radonvorsorgemaßnahmen auch in bestehenden Wohngebäuden in den betroffenen Gebieten angezeigt, um das Risiko für radonbedingte Lungenkrebserkrankungen zu senken.
2. Die Pflicht zur Radonmessung und insbesondere zu ggf. erforderlichen Radonschutzmaßnahmen führt zu einer finanziellen Belastung insbesondere von KMU, Selbständigen und Kommunen, die aktuell durch die Corona-Pandemie bereits vor großen finanziellen Herausforderungen stehen.

3. Radonschutz dient der Gesundheitsvorsorge und stellt eine gesamtstaatliche Aufgabe dar, da aufgrund des natürlichen Ursprungs der Radonbelastung in der Regel kein Verursacher verantwortlich gemacht werden kann. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten daher den Bund, zur Verhinderung von unzumutbaren finanziellen Schwierigkeiten zielgruppengerechte Fördermöglichkeiten für Radonschutzmaßnahmen an Gebäuden zu schaffen. Dabei kommt insbesondere die Aufstellung eines neuen oder die Erweiterung eines bestehenden KfW-Programms in Betracht. Zuwendungsempfänger sollten Selbständige, KMU und Kommunen, für die eine bundesgesetzliche Verpflichtung für Radonmessungen und -schutzmaßnahmen besteht, sowie private Gebäudeeigentümer in Radonvorsorgegebieten sein.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 2. Dezember 2020**

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin

TOP 1.8 Ganztagsbetreuung im Grundschulalter

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder empfehlen der Bundeskanzlerin folgenden gemeinsamen Beschluss:

Auf dem Weg zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Chancengerechtigkeit für alle Kinder ist der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder im Grundschulalter ein weiterer wichtiger Meilenstein. Um diesen Rechtsanspruch ab 2025 zu verwirklichen, bedarf es konkreter, finanzieller und zeitlicher Umsetzungsschritte. Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben im Beschluss vom 17. Juni 2020 festgehalten, dass die Grundlagen und Finanzierung für diesen im Koalitionsvertrag vereinbarten Rechtsanspruch zügig gesetzlich geregelt werden. Dazu verständigen sich Bund und Länder auf folgende Eckpunkte:

1. Einführung und Ausgestaltung eines Rechtsanspruchs

Der dem Kind zustehende Rechtsanspruch soll ab dem 1. August 2025 stufenweise gelten und wird im Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) geregelt. Der Rechtsanspruch gilt für Kinder ab Schuleintritt bis zum Ende der vierten Klasse einschließlich der Sommerferien („Grundschulkinder“) an allen Werktagen (Montag bis Freitag) im Umfang von grundsätzlich acht Zeitstunden, wobei die Unterrichtszeit angerechnet wird. Der Anspruch gilt auch in den Ferien. Eine Länderöffnungsklausel stellt sicher, dass jedes Land eine Ferienschließzeit regeln kann.

Der Rechtsanspruch richtet sich gegen den Träger der öffentlichen Jugendhilfe und beinhaltet einen Anspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung. Um der Vielfalt der Länderangebote gerecht zu werden, gilt der Anspruch auch bei ganztagsschulischen Angeboten als erfüllt. Um den besonderen Herausforderungen des ländlichen Raums Rechnung zu tragen, wird klargestellt, dass der Anspruch nicht an jeder Schule, sondern im Gebiet des Zuständigkeitsbereichs des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe, erfüllt wird. Mindestanforderung an rechtsanspruchserfüllende Angebote ist, dass sie eine Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung nach SGB VIII haben oder der Schulaufsicht unterliegen.

Der stufenweise quantitative Ausbau wird in einer Übergangsregelung, § 24a SGB VIII, normiert.

- Mit Beginn des Schuljahres 2025/26 besteht ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder der 1. Jahrgangsstufe.
- Mit Beginn des Schuljahres 2026/27 besteht ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder der 1. und 2. Jahrgangsstufe.
- Mit Beginn des Schuljahres 2027/28 besteht ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder der 1., 2. und 3. Jahrgangsstufe.
- Mit Beginn des Schuljahres 2028/29 besteht ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder der 1., 2., 3. und 4. Jahrgangsstufe.

Für den Beginn des Schuljahres im Sinne der Vorschrift sind die landesrechtlichen Regelungen maßgeblich.

Zudem wird eine Berichtspflicht zum Ausbaustand der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern eingeführt.

2. Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter

Der Bund beteiligt sich mit Finanzhilfen in einem Volumen von bis zu 3,5 Mrd. Euro am Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder zur Umsetzung des Rechtsanspruchs.

2.1. 2,75 Mrd. Euro werden im Sondervermögen „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ zur Verfügung gestellt. Mit diesen investiven Finanzhilfen werden auf der Grundlage von Art. 104c GG Investitionstätigkeiten von Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbände) zur Schaffung zusätzlicher ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter sowie zur qualitativen Weiterentwicklung bestehender Ganztagsangebote gefördert.

2.1.1. Das Sondervermögen enthält die zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter [2 Mrd.] Euro („Basistopf“); diese Mittel werden nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt. Die Länder einschließlich der Kommunen beteiligen sich mit mindestens [xx] % am Gesamtvolumen.

2.1.2. [Weitere 750 Mio. Euro werden dem Sondervermögen auf der Grundlage des Koalitionsbeschlusses vom 3. Juni 2020 zugeführt als Anreiz für einen beschleunigten Ausbau („Bonustopf“). Zugriff auf diese zusätzlichen Mittel haben nur die Länder, die bis Ende 2021 Mittel aus dem Basis-Sondervermögen abgerufen haben. Diese Länder erhalten zusätzliche Unterstützung, maximal die gleiche Summe der abgerufenen Mittel. Falls bis 2021 mehr abgerufen wurde, als Mittel im „Bonustopf“ zur Verfügung stehen, muss relational gekürzt werden. Auch aus dem „Bonustopf“ werden Investitionen in den qualitativen und quantitativen Ausbau gefördert. Die Länder einschließlich der Kommunen beteiligen sich mit mindestens [xx] % am Gesamtvolumen.]

2.2. Zusätzlich stellt der Bund noch im Herbst 2020 weitere 750 Mio. Euro über das „Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturausbau in Vorbereitung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder und der Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ zur Verfügung („Beschleunigungstopf“). Es handelt sich um investive Mittel, durch die kurzfristig ein wichtiger konjunktureller Impuls ausgelöst werden soll. Die Mittel werden nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt. Die Länder einschließlich der Kommunen beteiligen sich mit mindestens 30% am Gesamtvolumen. Nicht bis 31.12.2021 verausgabte Mittel aus dem „Beschleunigungstopf“ werden den Bonusmitteln des Sondervermögens zugeführt.

3. **Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten**

In Umsetzung des Koalitionsvertrags beteiligt sich der Bund an den Betriebskosten für die im Rahmen des Investitionsprogramms „Ausbau der ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ zusätzlichen ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter sowie für die qualitative Weiterentwicklung bestehender Ganztagsangebote. Grundlage für die Betriebskostenbeteiligung des Bundes bilden die vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) im September 2019 vorgelegten Zahlen und Szenarien. Der Bund übernimmt im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung dauerhaft die Hälfte der Betriebskosten.

<p style="text-align: center;">Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 2. Dezember 2020</p>
--

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin

TOP 1.9 Verschiedenes

a) Termine 2. Halbjahr 2021

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder empfehlen der Bundeskanzlerin folgenden gemeinsamen Beschluss:

18. November 2021	Besprechung des Chefs des Bundeskanzleramtes mit der Chefin und den Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder
-------------------	--

9. Dezember 2021	Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
------------------	--

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 2. Dezember 2020**

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin

TOP 1.9 Verschiedenes

b) Sonstiges

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 2. Dezember 2020**

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin

TOP 1.10 Bewältigung der Corona-Pandemie

TOP 1.10.1 Lagebericht

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 2. Dezember 2020**

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin

TOP 1.10 Bewältigung der Corona-Pandemie

TOP 1.10.2 Umsetzungsstände Konjunkturpaket und Förderprogramme

Das Thema wurde erörtert.

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 2. Dezember 2020**

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 1 Vorbereitung der Besprechung mit der Bundeskanzlerin

TOP 1.10 Bewältigung der Corona-Pandemie

TOP 1.10.3 Demonstrationsgeschehen

Das Thema wurde erörtert.

<p style="text-align: center;">Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 2. Dezember 2020</p>
--

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 2 Neu/Wiederberufung von Mitgliedern in den Wissenschaftsrat

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder benennen gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Verwaltungsabkommens über die Einrichtung des Wissenschaftsrates

Herrn Dr. Cord Dohrmann

als gemeinsamen Vorschlag des Bundes und der Länder zur Neuberufung in den Wissenschaftsrat durch den Bundespräsidenten für die Amtsdauer vom 1. Februar 2021 bis zum 31. Januar 2024.

2. Die Bundesregierung wird gebeten, diesen Vorschlag dem Bundespräsidenten zuzuleiten.

<p style="text-align: center;">Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 2. Dezember 2020</p>
--

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 3 Umgang mit der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Die Afrikanische Schweinepest hat Deutschland erreicht. Die betroffenen Bundesländer haben sofortige Schutzmaßnahmen ergriffen, um ein weiteres Ausbreiten der Tierseuche in der Wildschweinpopulation zu vermeiden und um ein Übergreifen auf Hausschweinbestände zu verhindern. Der Schutz vor Ausbreitung und die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die zu ergreifenden Schutzmaßnahmen erfordern ein Höchstmaß an solidarischer Kraftanstrengung und Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie den Akteuren vor Ort. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten daher den Bund, gemeinsam mit den Ländern Programme für finanzielle Hilfen der Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung und zum Schutz vor einer Seuchenausbreitung zu entwickeln.
2. Neben den Akutmaßnahmen sind weiterhin auch präventive Maßnahmen erforderlich, um die Afrikanische Schweinepest einzudämmen. Die Errichtung von festen Wildschweinschutzzäunen ist eine geeignete und erforderliche präventive Maßnahme, die dem Schutz des gesamten Bundesgebietes vor einem weiteren Eintrag und der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland durch infizierte Wildschweine dient. Dabei sollten Schutzzäune auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze errichtet werden, sodass eine weiße Zone entsteht, in

der mit intensiven jagdlichen Maßnahmen der Bestand an Wildschweinen erheblich reduziert werden sollte. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten die Bundesregierung, die hierzu bereits aufgenommenen Gespräche bezüglich der Errichtung einer „weißen Zone“ mit der Republik Polen zügig voranzutreiben und darauf hinzuwirken, dass in einem Korridor von 20 km zur deutschen Grenze keine Bewegungsjagden durchgeführt werden.

3. Für die Errichtung eines präventiven Schutzzaunes in Deutschland fehlt es derzeit an einer Rechtsgrundlage, wonach gegenüber Grundstückeigentümern die Duldung des Baus von präventiven Schutzzäunen angeordnet werden kann. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder sind der Auffassung, dass zeitnah die Frage der rechtlichen Grundlage für den Bau präventiver Schutzzäune geklärt werden sollte. Präventive Schutzmaßnahmen sollten zeitnah umgesetzt werden. Zudem sprechen sich die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder dafür aus, dass sich Bund und Länder aufgrund der gesamtstaatlichen Bedeutung solidarisch an der Finanzierung von festen Wildschweinschutzzäunen im Grenzgebiet beteiligen.
4. Mit den präventiven und akuten Schutzmaßnahmen sollen auch die wirtschaftlichen Folgen für die Schweinehaltung und Landwirte möglichst geringgehalten werden. Für die betroffenen Betriebe in den Restriktionsgebieten sollten Unterstützungsmaßnahmen vorgesehen werden, wie die Möglichkeit zur Entschädigung bei angeordnetem Besamungsverbot und ein Ausgleich bzw. die Übernahme von zusätzlich entstandenen Transportkosten. Notwendig sind darüber hinaus Unterstützungsangebote für Betriebe, deren Vermarktung von Schweine- und Wildschweinfleisch beeinträchtigt ist.

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten die Bundesregierung, hierfür gemeinsam mit den Ländern Lösungsansätze zu erarbeiten und sich aktiv gegenüber der EU-Kommission für eine stärkere finanzielle Unterstützung der betroffenen Regionen und Wirtschaftsbereiche einzusetzen.

<p style="text-align: center;">Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 2. Dezember 2020</p>
--

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 4 Verschiedenes

a) Termine 2021, 2. Halbjahr

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

- | | |
|------------------------|--|
| 20. – 22. Oktober 2021 | Jahreskonferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder in Nordrhein-Westfalen |
| 18. November 2021 | Konferenz der Chefinnen und der Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder und Besprechung mit dem Chef des Bundeskanzleramtes |
| 9. Dezember 2021 | Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder und Besprechung mit der Bundeskanzlerin |

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 2. Dezember 2020**

Endgültiges Ergebnisprotokoll

TOP 4 Verschiedenes

b) Sonstiges

Das Thema wurde erörtert.

Anlage zum Beschlussvorschlag Bund Fassung MPK, TOP 1.5 (Stand 2. Dezember 2020)

5 **Gemeinsames Programm von Bund und Ländern für eine leistungsstarke, bürger- und unternehmensfreundliche Verwaltung**

Die Verwaltung ist für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen ein verlässlicher Partner vor Ort. Sie stellt öffentliche Leistungen bereit, sorgt für faire Rahmenbedingungen durch die Umsetzung von Recht und Gesetz und unterstützt
10 beim Zugang zu individuellen Leistungen. Dafür müssen die zugrundeliegenden Gesetze, Regeln und Hilfen zielgerichtet und verständlich sein, um eine innovationsfreundliche und unbürokratische Arbeit der Verwaltung zu ermöglichen. Deshalb vereinbaren Bund und Länder unter Einbeziehung der Kommunen zum ersten Mal ein gemeinsames Arbeitsprogramm für eine leistungsstarke, bürger-
15 und unternehmensfreundliche Verwaltung.

I. Schnellere und vereinfachte Umsetzung von Förderprogrammen

20 Die Ressorts der Bundesregierung und die beteiligten Länder berücksichtigen bei der Ausgestaltung von **Verwaltungsvereinbarungen zur Gewährung neuer Finanzhilfen an die Länder** soweit möglich auch Gesichtspunkte, die einen beschleunigten Mittelabfluss befördern. Länder einschließlich Kommunen sind aufgerufen, konkrete verfahrensspezifische Hindernisse für
25 einen zügigen Mittelabfluss gemeinsam mit dem Bund zu identifizieren. Die Länder prüfen Möglichkeiten, die Kommunen bei der Mittelbeantragung zu unterstützen.

30 Die **Anwendung von Pauschalen in der Projektförderung** wird für geeignete Ausgaben bzw. Kostenarten ausgeweitet. Insbesondere in der Forschungsförderung werden die bestehenden Möglichkeiten zur **Nutzung von Pauschalen in der Projektförderung** künftig intensiver genutzt, um ergebnisoffene Forschung und einen wirksamen Mitteleinsatz zu unterstützen.

...

35 **Zuwendungen des Bundes an Länder und Gemeinden** werden nach
bestehender Rechtslage von Seiten des Bundes grundsätzlich
ressortübergreifend einheitlich ausgestaltet. Die Möglichkeiten für
abweichende Ausgestaltungen der Zuwendungsgeber sollen nur in
begründeten Ausnahmefällen genutzt werden. Zuwendungsempfänger in
40 Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie vollziehende Behörden werden so
wirksam entlastet.

II. Rechtsvereinfachungen

45 a) Unternehmensnachfolge

Das erfolgreiche Management von Unternehmensnachfolgen stellt eine
zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung dar. Bund und Länder streben
50 an, den bestehenden **Regulierungsrahmen für Unternehmensübergaben
bzw. -nachfolgen** durch gezielte Anpassungen sowie Anwendungsverord-
nungen unter Einbeziehung Betroffener zu vereinfachen. Gemeinsames Ziel
ist, die Attraktivität von Unternehmensnachfolgen für Gründungsinteressierte
zu steigern. Veränderungen sollten zunächst zeitlich befristet erfolgen und mit
55 einer Evaluation begleitet werden.

Bund und Länder setzen deswegen eine **Task Force „Unternehmens-
nachfolge“** ein, um der Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 2021 erste
Maßnahmen vorzuschlagen. Der Fokus liegt darauf:

- 60 • basierend auf einer Bestandsaufnahme zu regulatorischen
Rahmenbedingungen von Unternehmensübergaben bzw.
Unternehmensnachfolgen Handlungsempfehlungen für **regulatorische
Vereinfachungen** abzuleiten,
- 65 • zu prüfen, inwiefern und wie in den Regionen ausgewählter Modellprojekte
der BMWi-Initiative „Unternehmensnachfolge – aus der Praxis für die
Praxis“ (kurzfristig) sogenannte „**Reallabore**“ eingerichtet werden können.
In diesen können regional und/oder zeitlich begrenzt **regulatorische
Vereinfachungen für Unternehmensübernahmen** erprobt werden (z.B.:

...

70 einen für 3-5 Jahre nach Unternehmensübernahme fortgeltenden
Bestandsschutz für Genehmigungen oder Ausnahmeregelungen
gewähren, die dem Voreigentümer/der Voreigentümerin erteilt wurden;
statistische und andere Meldepflichten sowie bürokratische Auflagen
zeitlich befristet aussetzen; datenschutzrechtliche Regelungen zur
Weiternutzung von Kundendaten bei Unternehmensnachfolgen bei
75 inhabergeführten Betrieben praktisch darstellen und erläutern (z. B. mit
Orientierungshilfen und Mustertexten), Aufwand für Betriebliche
Beauftragte auf erforderliches Mindestmaß senken).

b) Baurecht

80 Die Länder vereinbaren eine **Novellierung der Musterbauordnung (MBO)**,
um Bauvorhaben bundesweit zu beschleunigen. Dabei sollen insbesondere
nichtgewerbsmäßige Bauherren entlastet und der Wohnungsbau erleichtert
werden, z. B. beim Dachgeschossausbau oder bei Aufstockungen (Aufnahme
85 einer „Bestandsbautenregelung“ in der MBO).

Bei der Novellierung der Musterbauordnung sollen insbesondere für das
vereinfachte Genehmigungsverfahren bei Wohngebäuden oder der
Schaffung von Wohnraum auch Genehmigungsfiktionen entsprechend § 42a
90 VwVfG geprüft werden.

c) digitale Aktenführung

95 Die Behörden von Bund, Ländern und Kommunen sollen ihre **Akten in Form
digital durchsuchbarer Dokumente** führen, soweit dies technisch möglich
und mit sinnvollem Aufwand umsetzbar ist.

d) Entlastung für Arbeitgeber

100 Die aufwändige Ausstellung nicht-standardisierter Entgeltbescheinigungen
durch Arbeitgeber kann nach bisherigen Erfahrungen dadurch reduziert
werden, dass der **Anwendungsbereich von Gehalts-Nachweisen gem.**

...

§ 108 Abs. 3 GewO ausgedehnt wird. Die Länder prüfen, welche Regelungen der Länder, Kommunen und anderer Träger von Selbstverwaltungsaufgaben zum Nachweis von Einkommen auf die Vorlage von Gehaltsabrechnungen, die nach der **Entgeltbescheinigungsverordnung** erteilt worden sind, verweisen können.

e) Vereinfachungen im Sozialrecht und im Arbeitsschutz

Der Bund wird prüfen, wie die Leistungen nach dem SGB II und das Verfahren dauerhaft **vereinfacht** werden können. Dazu gehört auch die Einführung einer für die Jobcenter praktikablen und wirtschaftlich gerechtfertigten Bagatellgrenze für Rückforderungen, wenn eine Wirtschaftlichkeitsberechnung dies rechtfertigt und sie sachdienlich ist.

Eine **Vereinfachung der Verfahren für die Grundsicherung im Alter** und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII sowie für die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII aufzunehmen, wird geprüft.

Bund und Länder unterstützen das Vorhaben „Entwicklung eines **gemeinsamen Grundantrags für Reha- und Teilhabeleistungen**“ der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR). Das Vorhaben baut auf den Inhalten der bestehenden Antragsvordrucke auf und soll im Ergebnis zu einem „gemeinsamen trägerübergreifenden Antragsformular“ als bürgernahe Serviceleistung für Menschen mit Behinderungen und chronisch kranke Menschen führen. Damit soll die Zusammenarbeit der Reha-Träger untereinander erleichtert werden.

Die Vorgabe der §§ 55-57 Jugendarbeitsschutzgesetz, dass sowohl bei den obersten Landesbehörden für Arbeitsschutz als auch bei den Arbeitsschutzbehörden **Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz** zu bilden sind, wird in das **Ermessen der jeweiligen obersten Landesbehörde** für Arbeitsschutz gestellt. Sie soll in Zukunft selbst entscheiden, ob diese Ausschüsse gebildet werden und ggf. Näheres dazu regeln. Damit wird das Ziel verfolgt, diese Ausschüsse nur noch bedarfsweise einzurichten.

...

f) Entlastungen für Ehrenamt und Vereine sowie Stiftungen

140 Bund und Länder setzen sich für die Stärkung von Vereinen, Ehrenamt sowie zivilgesellschaftlichem und bürgerschaftlichem Engagement ein.

Bund und Länder **entlasten Vereine**, insbesondere indem

- 145 • geprüft wird, die **Freigrenze des § 64 Absatz 3 Abgabenordnung** anzuheben,
- die Möglichkeiten **öffentlicher Beglaubigung** erweitert werden,
- bestehende Möglichkeiten pauschaler Förderung für gemeinnützige Vereine, deren Organmitglieder oder besondere Vertreter unentgeltlich tätig sind, in geeigneten Fällen besser nutzbar gemacht werden, und
- 150 • geprüft wird, wie sich die aktuell **befristet geltenden Vereinfachungen im Vereins- und Stiftungsrecht** bewährt haben und ob diese ggf. beibehalten oder ergänzt werden können.

Der Bund prüft gemeinsam mit den Ländern, inwieweit die

155 **Haftungsregelungen** aus §§ 31a und 31b des Bürgerlichen Gesetzbuches für die Mitglieder von Vorständen von Vereinen bzw. die Mitglieder von Vereinen **auf andere Rechtsbereiche übertragen werden können**.

g) Identifikation weiterer Verbesserungspotenziale

160 Bund und Länder tauschen sich regelmäßig zu **zentralen Vorhaben und Zeitplänen der politischen Planung und zu zukünftigen Entwicklungen aus, die gegebenenfalls gesetzgeberisches Handeln erfordern** – soweit sie von länderübergreifender Relevanz sind. Ziel ist ein verbesserter

165 Informationsaustausch und ein gemeinsames Verständnis künftiger regulatorischer Herausforderungen.

III. Weitere Beschleunigung von Planungs- und Infrastrukturvorhaben

170

Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder setzen sich weiter für eine **Beschleunigung von Planungs- und Infrastrukturvorhaben** ein. Hierzu hat die Bundesregierung in der 19. LP maßgebliche Schritte auf den Weg gebracht. Die entsprechenden Beschlüsse wurden u. a. für den Bereich der Energiewende durch die MPK am 17. Juni 2020 gefasst. Dadurch werden die wesentlichen Beschleunigungspotenziale für die relevanten Planungs- und Genehmigungsverfahren auf Ebene des Bundesrechts gehoben.

175

180

Außerdem hat die Bundesregierung Vorschläge zur Entbürokratisierung, zur **Beschleunigung des Planungsrechts**, zur Vereinfachung des Vergaberechts und zur Reform des Wettbewerbsrechts auf EU-Ebene eingebracht.

185

Bund und Länder sind aufgefordert, im Sinne einer zügigen Umsetzung auf eine konsequente **Stärkung der Planungs- und Genehmigungsbehörden** hinzuwirken. Die hierzu beschlossenen Maßnahmen (z. B. mögliche Bildung von Kompetenzteams, Einsatz von Planungs- und Umweltrechtsexperten in den Behörden, Schaffung einer positiven Planungskultur, Stärkung und Nutzung der Digitalisierung) müssen zeitnah umgesetzt werden. Außerdem wird geprüft, welcher Bedarf an Fachpersonal besteht, um Planungs- und Genehmigungsentscheidungen kurzfristig und belastbar zu treffen und zu überwachen und wie die hier erforderliche Personalgewinnung und -ausstattung zeitnah verbessert werden können.

190

195

Eine frühe und systematische sowie digitalisierte Öffentlichkeitsbeteiligung bei Infrastruktur- und Bauvorhaben kann Zeit sparen. Die Bundesregierung wird die Fortschritte und Potenziale der Digitalisierung zur **Straffung des Anhörungsverfahrens** und der Öffentlichkeitsbeteiligung sowie zur **Vereinfachung der Mitwirkung** prüfen.

200

Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder setzen sich im Interesse einer **umweltfreundlichen Mobilität** für

...

weitere gesetzliche Änderungen zur Planungsbeschleunigung ein,
insbesondere bei Projekten zur Stärkung des Schienen- und des Öffentlichen
205 Personennahverkehrs. Dabei sind auch die **Beschleunigungspotenziale im
Bereich des Rechtsschutzes** in Betracht zu ziehen.

Weitere Beschleunigungen werden auf Ebene des Bundes- und des
Landesrechts geprüft und ggf. realisiert.

IV. Praxisnähe, Rechtsfolgen und internationale Empfehlungen

Soweit nicht andere Erwägungen dagegensprechen, werden Bund und Länder
215 in ihren Regelungsentwürfen ein **Inkrafttreten möglichst zum 1. Tag eines
Quartals mit einer angemessenen Umsetzungsfrist zwischen
Verkündung und Inkrafttreten vorsehen**, damit sich Verwaltung und
Adressaten auf neue bzw. geänderte Vorschriften vorbereiten können. Zu
Entwürfen von Gesetzesvorlagen des Bundes, die Belange der Länder oder
220 der Kommunen berühren, soll grundsätzlich die Auffassung der Länder und
der auf Bundesebene bestehenden kommunalen Spitzenverbände eingeholt
werden. Die Bundesregierung strebt an, dass die Beteiligungsfristen
grundsätzlich nicht kürzer als vier Wochen sind.

Die **Vollzugspraxis von Landes- und Kommunalbehörden**, eine möglichst
225 **adressatengerechte Formulierung von Rechtsvorschriften** und die
Tauglichkeit für einen digitalen Vollzug werden bei der Vorbereitung von
Regelungen des Bundes verstärkt berücksichtigt. Dabei stehen die
praktischen Aspekte von Umsetzung und Vollzug sowie die Passgenauigkeit
230 der angestrebten Maßnahmen für die betroffenen Zielgruppen im
Vordergrund. Für praxistaugliche Vorschriften sollen die Erfahrungen
Betroffener verstärkt einbezogen werden. Ausgewählte Praktikerinnen und
Praktiker aus Ländern und Kommunen sowie Experten und Expertinnen für
Rechtssprache aus dem BMJV können dafür z. B. in **temporären informellen
235 Bund-Länder-Kommunen-Arbeitsgruppen in der Frühphase** an den

...

konzeptionellen Vorarbeiten für einen Gesetz- oder Verordnungsentwurf beteiligt werden.

240 Um die frühzeitige Einbindung der Länder zu stärken, prüfen die Bundesressorts, inwieweit sie bei geeigneten Vorhaben ihr Verständnis der zugrundeliegenden Probleme und Lösungsansätze mit den Ländern erörtern können, bevor Gesetzentwürfe im Detail ausgearbeitet und ausformuliert werden.

245 Bund und Länder betonen ihr gemeinsames Interesse an Rechtsetzung, die die Verwaltungspraxis auf allen Ebenen und die Lebensrealität berücksichtigt. Um diesen Aspekt zu stärken, streben Bund und Länder an, **Erfahrungen zu den Methoden für die quantitative Rechtsfolgenabschätzung auszutauschen** und diese, wo möglich und zweckmäßig, anzugleichen. Dies
250 ist insbesondere für die Ermittlung des Erfüllungsaufwands und die Praxisorientierung von Bundesgesetzen bedeutsam.

Ergänzend zu den umfassenden Verfahren zur Information und Zusammen-
arbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union
255 empfehlen die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und -chefs der Länder den Fachministerkonferenzen, den Prüfungen der jeweiligen **Arbeitsprogramme der EU-Kommission auf die Relevanz für ihre Rechtsgebiete einen hohen Stellenwert einzuräumen**, um so eine frühzeitige und praxisorientierte Mitwirkung in den Beratungen zu fördern.

260 Die Europäische Kommission und die Bundesregierung haben sich bereits verpflichtet, zusätzliche Belastungen der Wirtschaft durch neues oder geändertes Recht zu vermeiden. Sie folgen dabei dem Prinzip **One in, one out**. Danach wird jede notwendige neue Belastung durch Entlastungen an
265 anderer Stelle ausgeglichen. Die Länder prüfen, ob und inwieweit sie sich diesem Verfahren insbesondere mit Blick auf die Belastung der Verwaltung anschließen können.

270 Die **Empfehlungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für Regulierungspolitik** von 2012 werden als **ein bedeutender internationaler Maßstab zur Kenntnis genommen. Die Länder prüfen**, sich künftig an der **Erhebung der OECD zur Regulierungspolitik alle drei Jahre zu beteiligen**. Die Leistungsfähigkeit der föderalen Aufgabenverteilung in Deutschland kann so in der internationalen
275 Zusammenarbeit deutlich besser vermittelt werden.

V. Bürgerfreundliche Sprache

280 Im **Verwaltungsvollzug** wird sukzessive geprüft, wo Bescheide und dgl. für die Adressaten von Verwaltungshandeln **verständlicher formuliert werden** können. Die Ergebnisse und Vorarbeiten des Lenkungskreises „Bürgernahe Sprache“ der Finanzverwaltung werden hierbei berücksichtigt.

285 Bund und Länder prüfen die Einrichtung von gemeinsam getragenen **„Formularlaboren“** mit dem Ziel, Formulare, Anträge und Bescheide (digital und Papier) verständlicher für die Adressaten zu gestalten sowie Prozesse zu vereinfachen. Die Formularlabore könnten auch zur Entwicklung einer Strategie von Bund und Ländern beitragen, die Verständlichkeit von Recht und
290 Verwaltungshandeln systematisch zu steigern. Ein mögliches Formularlabor wird mit den Prozessen von OZG und FIM abgestimmt, um Parallelprozesse zu vermeiden. Verwaltungsrechtlichen Anforderungen wird hierbei Rechnung getragen. Insbesondere soll durch die Formulare – gerade im Interesse der Bürgerinnen und Bürger – eine rechtmäßige und rechtssichere
295 Verwaltungsentscheidung vorbereitet werden.

VI. Voneinander lernen

300 Das Statistische Bundesamt (StBA) wird gebeten folgende **Beispiele guter Praxis** zu untersuchen, um die Weiterentwicklung des Verwaltungshandelns in Deutschland wirksam zu unterstützen:

...

- **Leistungen für Kinder aus einkommensschwachen Familien**

305 Oft fällt es betroffenen Familien schwer, die vielfältigen Anspruchs-
grundlagen und z.T. bestehenden Abhängigkeiten zu überblicken und die
Leistungen bei den entsprechenden Behörden zu beantragen. Mit einer
Untersuchung des StBA soll erhoben werden, inwieweit man Anträge auf
Leistungen für Kinder bündeln kann.

- **Projekt zur Entlastung der Landwirtschaft**

310 Das StBA führt derzeit ein Projekt zum Bürokratieabbau in der Landwirt-
schaft durch, das sich unter anderem damit befasst, wie **Mehrfach-**
meldungen landwirtschaftlicher Betriebe zu gleichen oder ähnlichen
Sachverhalten an verschiedene Stellen vereinfacht werden können. Auf
315 der Grundlage der Ergebnisse dieser Untersuchungen sollten bald
möglichst konkrete Maßnahmen vereinbart werden.

- **Harmonisierung der Bodennutzungscodes**

320 Die zur jährlich durchzuführenden **Bodennutzungshaupterhebung**
auskunftspflichtigen landwirtschaftlichen Betriebe werden schon seit
Jahren deutlich entlastet, weil die Statistikbehörden anstelle einer
Befragung der Betriebsinhaber teilweise Daten des Integrierten
Verwaltungs- und Kontrollsystems (InVeKoS) verwenden. Um diese
Entlastung weiter zu optimieren, sind **länderübergreifend harmonisierte**
325 **InVeKoS-Bodennutzungscodes** anzustreben, die sich auch an den
Definitionen des EU-Statistikrechts ausrichten. Dann könnte diese
Bodennutzungsstatistik weitgehend auf Basis von InVeKoS-Daten erstellt
werden. Das Ziel kann allerdings nicht durch eine bundesrechtliche
Regelung erreicht werden, sondern nur durch eine **Harmonisierung der**
330 **Kulturartenlisten der Länder.**

- **Erleichterung der Gremienarbeit**

Seit Beginn der pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen finden
Besprechungen im Rahmen von **Gremienarbeit zunehmend digital** statt.
335 Das StBA wird beauftragt, die Erfahrungen damit systematisch zu erheben.
Darauf basierend prüft die Bundesregierung, inwiefern Besprechungen und

...

Beschlussfassungen bei Wahrung der Rechtssicherheit, Vertraulichkeit und Authentizität der Teilnehmer als adäquater Ersatz für Erörterungen unter Anwesenden künftig auch digital durchgeführt werden können.

340

- **Innovatives Arbeiten in der öffentlichen Verwaltung**

345

Um sich ständig verändernde Lebens- und Arbeitsbedingungen aufzunehmen und neue Herausforderungen zu meistern, untersuchen bspw. nordeuropäische Staaten regelmäßig die Innovationskraft und -fähigkeit ihrer Verwaltungen auf staatlicher, regionaler und lokaler Ebene und bauen sie systematisch aus. Bund und Länder prüfen ergebnisoffen, sich der Initiative „**Innovationsbarometer**“ anzuschließen. Das StBA wird beauftragt, in einer **Machbarkeitsstudie** zu untersuchen, wie Bund, Länder, Kommunen und andere Selbstverwaltungen jeweils an dieser regelmäßigen internationalen Vergleichsstudie unter Berücksichtigung unserer nationalen Gegebenheiten teilnehmen könnten.

350

VII. Umsetzung, Monitoring und Fortführung des Programms

355

Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vereinbaren, die **für die Umsetzung dieses Programms erforderlichen Gesetzgebungsverfahren zügig einzuleiten**. Soweit Prüfaufträge vereinbart sind, sollen die **Berichte mit Handlungsempfehlungen bis Mai 2021 vorliegen**.

360

Die Regierungschefinnen und -chefs der Länder bekräftigen ihr Bekenntnis zum Bürokratieabbau und zu einem service- und innovationsorientierten Regierungshandeln.

365

Der Koordinator der Bundesregierung für Bürokratieabbau und Bessere Rechtsetzung sowie die Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder berichten regelmäßig, erstmals im Mai 2021 in der Konferenz des Chefs des Bundeskanzleramtes und der Chefinnen und Chefs

...

370 der Staats- und Senatskanzleien der Länder über den **Stand der Umsetzung**
dieses Programms.